Zeitschrift: Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde

Herausgeber: Historische und Antiquarische Gesellschaft zu Basel

Band: 102 (2002)

Artikel: Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Politik und Verwaltung am Oberrhein : Gegenwart und Ausblick

Autor: Ungern-Sternberg, Sven von

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-118453

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Politik und Verwaltung am Oberrhein

Gegenwart und Ausblick

von

Sven von Ungern-Sternberg

Ihre Einladung ehrt mich, denn als deutscher Politiker im Rahmen dieser wissenschaftlichen Jubiläumsveranstaltung zu Ihnen über die gegenwärtige grenzüberschreitende Zusammenarbeit am Oberrhein sprechen zu dürfen, ist nicht ganz selbstverständlich.

Ihr wissenschaftlicher und mein politisch-administrativer Auftrag scheinen auf den ersten Blick sehr verschieden. Auf den zweiten Blick ist klar, dass die genauere Kenntnis unserer Regionalgeschichte, besonders auch der Entstehung unserer heutigen Grenzen, für meine Arbeit eine grosse Rolle spielt. Umgekehrt dokumentieren auch Sie durch diese Einladung, dass sich die Wissenschaft nicht im Elfenbeinturm abspielt. Die Politik lehrt: «Wer nicht weiss, woher er kommt, weiss nicht, wohin er geht». Und umgekehrt lehrt die Wissenschaft – und das zeigen die Themen Ihrer Tagung –, dass die Geschichte «ein Fluss ist, der in der Zukunft mündet».

Als deutscher Beobachter kann man auch feststellen, dass in Basel, wie in der ganzen Schweiz, das Geschichtsbewusstsein der Bürger stärker ausgeprägt ist als in Deutschland. Dies mag an der grösseren geschichtlich-politischen Kontinuität in der Schweiz liegen. Dazu kommt ein durchaus unterschiedlicher Blick auf die gleichen geschichtlichen Ereignisse unserer Region. Bei Ihnen sind z. B. die «Schwabenkriege» Anlass für Jubiläumsfeiern. Bei uns heissen sie nicht nur anders, sondern die «Schweizerkriege» sind weitgehend vergessen, so wie die ganze jahrhundertelange Ära des «Heiligen römischen Reiches deutscher Nation».

Allerdings nutzen auch wir unsere Jubiläen, um das, was uns auch heute noch wertvoll ist, vor der Vergessenheit zu bewahren. Auch ich weise alle Besucher meines Dienstsitzes, des historischen «Basler Hofes», darauf hin, dass dort ab 1587 der Exilsitz des Domkapitels des Bistums Basel war. Später residierte da der Statthalter von Vorderösterreich, und dessen Wappen prangt immer noch an der Decke meines Arbeitszimmers.

Entstehung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Ich spreche hier als Vertreter der Landesregierung von Baden-Württemberg, die den Freiburger Regierungspräsidenten mit der regionalen Koordination der gesamten Nachbarschaftspolitik des Landes beauftragt hat, nicht nur, aber vor allem am Oberrhein. Ein baden-württembergischer Regierungspräsident ist übrigens weder mit einem französischen Präfekten zu vergleichen, noch mit dem Präsidenten einer Kantonsregierung. Er vertritt zwar die Landesregierung in der Fläche, ist aber, um mit den Worten unseres Ministerpräsidenten Erwin Teufel zu sprechen, auch «Anwalt der Region», obwohl er nicht gewählt, sondern als «politischer Beamter» ernannt wird.

Mein Regierungsbezirk, der sich zum grössten Teil mit dem ehemaligen Regierungsbezirk Südbaden deckt, umfasst beinahe die gesamte deutsch-schweizerische Grenze und den grössten Teil der deutsch-französischen. Die meisten Landkreise in meinem Regierungsbezirk, der ca. 2,1 Mio. Einwohner beherbergt, sind Grenzlandkreise. Rund ein Drittel der Grenzen von Baden-Württemberg, mehr als 500 km, ist Auslandsgrenze zu Frankreich und der Schweiz. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ist dem Land und besonders dem Freiburger Regierungspräsidenten somit praktisch «angeboren». Südbaden grenzt im Oberrheingebiet an die französische Region Elsass mit ihren beiden Départements Haut-Rhin (Oberelsass) und Bas-Rhin (Unterelsass); letzteres verbindet uns auch mit dem benachbarten Bundesland Rheinland-Pfalz. Im Süden grenzt das Land im Hochrheingebiet an die Schweizer Kantone Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau, Zürich, Schaffhausen und Thurgau. Die Grenze zur Schweiz ist zugleich Aussengrenze der EU; gegenüber Frankreich wird der Rhein immer mehr auch Sprach- und Kulturgrenze. Ministerpräsident Erwin Teufel nennt die Nachbarschaftspolitik des Landes mit Frankreich, der Schweiz und Österreich «Grundlage seiner Europapolitik». Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit hat für das ganze Land Baden-Württemberg Bedeutung. Die Aufnahme dieses Zieles in die Präambel der Landesverfassung bringt das in besonderer Weise zum Ausdruck.

Was bedeutet es, «Grenzland» zu sein, wie es weite Teile der Regionen Hochrhein-Bodensee, Südlicher Oberrhein und Mittlerer Oberrhein sind? Es bedeutet, dass sie immer noch an den letzten Kriegsfolgen und an der historischen «Erblast» tragen, Randgebiete in ihren jeweiligen Staaten zu sein. Es bedeutet sogar immer noch, dass nicht alle mentalen und sogar materiellen Kriegsfolgen aufgeräumt sind. Man kann das z. B. daran sehen, dass wir auch heute

noch viel zu wenige Rheinbrücken haben, dass z. B. die Eisenbahnbrücke bei Breisach immer noch nicht wiederaufgebaut ist.

Die Bedeutung der Nationalgrenzen war keineswegs immer stark ausgeprägt, sondern erst ab dem 17. Jahrhundert kam es zur vollständigen Unabhängigkeit der Schweiz und zum Übergang des Elsass an Frankreich. Auch danach blieben die Grenzen relativ offen, bis die Weltkriegsfolgen zeitweise zu einer totalen Abschnürung führten, wie man sie nie zuvor gekannt hatte. Die Folgen für die Grenzlandbevölkerung waren kulturell-sprachliche Entfremdung, politischer Einflussverlust und wirtschaftliche Nachteile.

Am Oberrhein wurde dagegen wesentlich früher als in anderen Grenzregionen etwas unternommen. Die erste Pioniertat war der Bau des binationalen Flughafens Basel-Mulhouse, der heute auch unser südbadischer Flughafen ist. Auch die nächste grosse Initiative ging von Basel aus: Es bleibt das unvergessene Verdienst der Gründer der «Regio Basiliensis», dass sie, wirtschaftlichen Interessen gehorchend, schon in den sechziger Jahren die ersten politischen Kooperationsschritte in Richtung auf das Oberelsass und Südbaden unternommen hat. Besonderer Mut war für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im deutsch-französischen Verhältnis erforderlich, das durch die Geschichte des Elsass und die Kriege besonders belastet war. Unvergessen ist der frühere Colmarer Bürgermeister Joseph Rey, der mit einem meiner Vorgänger, Anton Dichtel, zusammen unter den Nazis im Gefängnis gesessen hatte und als erster französischer Regionalpolitiker das Eis auftauen half.

Auf die erste grenzüberschreitend-regionale Initiative «Regio Basiliensis» reagierte als natürlicher deutscher Partner der damalige südbadische Regierungspräsident, dessen Nachfolger später von der Landesregierung offiziell mit ihrer Vertretung in grenzüberschreitenden Gremien am Ober- und Hochrhein beauftragt wurden. Ein Spezifikum am Oberrhein ist, dass als Folge des französischen Staatsaufbaus in Frankreich die nationale Ebene in Person der elsässischen Präfekten von Anfang an beteiligt werden musste. Auf deutscher und schweizerischer Seite dagegen wäre man lieber auf der Ebene der Kantone bzw. Bundesländer geblieben. So aber war man gezwungen, auch Bern und Bonn-Berlin in der Oberrhein-Kooperation zu beteiligen, was übrigens heutzutage eher einen Vorteil als einen Nachteil darstellt.

Mit Autorisierung durch die Landesregierung begann etwa ab Mitte der 70er Jahre die erste Phase der offiziellen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, eine «Phase der Institutionalisierung», gleichermassen in den Kooperationsräumen. Es entstanden die wichtigsten Kooperationsgremien der staatlich-regionalen Politik und

Verwaltung, die «Deutsch-Französisch-Schweizerische Regierungskommission» mit ihren Regionalausschüssen (heute «D-F-CH Oberrheinkonferenz») sowie zahlreiche Fachkommissionen und Arbeitsgruppen. So wurde die Oberrhein-Zusammenarbeit 1975 auf einen Staatsvertrag, das sog. «Bonner Abkommen» gestützt.

Zunächst begann man mit den damals prioritären Politikbereichen wie Gewässer- und Wasserkraftnutzung, Brückenbauten, Raumordnung, Umwelt- und Katastrophenschutz. Ab Mitte der 80er Jahre setzte eine «Phase der Intensivierung» ein, zu der gerade Baden-Württemberg wesentliche Anstösse gab. Zu nennen wäre die von Baden-Württemberg ausgehende Initiative zu thematischen «Drei-Länder-Kongressen». Seit 1987 wurden dort unter breiter Beteiligung aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verbänden die Themen Verkehr, Kultur, Umwelt, Wirtschaft, Jugend, Handwerk und Raumordnung behandelt. Zu nennen ist auch die Hochschulkooperation «EUCOR» am Oberrhein. Dort wurden die ersten grenzüberschreitenden Forschungsprojekte wie die Klimastudie REKLIP und gemeinsame Studiengänge entwickelt. Später entstand auch ein trinationaler Ingenieur-Studiengang.

Das Land schuf 1986 ein spezielles «Grenzlandreferat» beim Regierungspräsidium Freiburg zur regionalen Koordination der Landesaktivitäten, das sich seither bewährt und das weiter ausgebaut wurde. In Vorbereitung auf den gemeinsamen Binnenmarkt setzten in dieser Zeit Initiativen zur gemeinsamen Wirtschaftsförderpolitik ein. Die kommunalen Gebietskörperschaften gründeten dazu regionale Zusammenschlüsse wie die «Freiburger Regio-Gesellschaft».

Gegenwart der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit

Die Gegenwart ist gekennzeichnet durch das Zusammenwachsen Europas. Neue Chancen bekam auch der Oberrhein durch die Schaffung des gemeinsamen Binnenmarktes, der seine Abrundung durch die Bildung der EURO-Zone und – im Verhältnis zur Schweiz – durch das Inkrafttreten der bilateralen Verträge erfahren wird. Auch die Strukturpolitik der EU bietet neue Chancen, obwohl der Oberrhein und besonders die Schweiz nicht gerade zu den strukturschwachen Gebieten Europas gehört. Um die historisch gewachsenen Defizite aller Grenzregionen schneller zu bekämpfen, hat die EU seit 1990 ein spezielles Förderprogramm für Grenzregionen, «INTERREG», aufgelegt. Sie fördert die sog. «Euroregionen» keineswegs nur um ihrer selbst willen, sondern als wichtige «Brücken» zwischen benachbarten Staaten, ohne deren aktive Ver-

mittlerrolle ein «Europa der Regionen» nicht zusammenwachsen kann. Unter allen Gemeinschaftsinitiativen der EG/EU ist «INTERREG» im Rahmen der «Agenda 2000» als die erfolgreichste an die Spitze gerückt. Die EU-Förderung hatte den Nebeneffekt, dass über die notwendigen Kofinanzierungsmittel in den drei beteiligten Ländern, gerade auch in der Schweiz, ein eigenes Engagement für die Grenzregionen erreicht wurde.

INTERREG I und II lösten auch am Oberrhein eine vorher nie gekannte Fülle konkreter Kooperationsprojekte aus, mit deren Anschubhilfe seitdem mehr als 200 Projekte in allen Bereichen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit realisiert werden konnten.

Die mit dieser Förderung aufgebauten grenzüberschreitenden Institutionen wie die Büros der oben genannten Konferenzen, die Informations- und Beratungsstellen für Grenzgänger «INFOBEST», das Euro-Institut in Kehl und das Institut für ökologischen Landbau in Colmar sind heute nicht mehr wegzudenken. Es wurden insgesamt in den letzten 10 Jahren über 200 Millionen Euro in die grenzüberschreitende Zusammenarbeit am Oberrhein investiert.

Insgesamt kann man seit Mitte der 90er Jahre von einer «Phase der Vertiefung und Konsolidierung» sprechen, die noch im Gange ist. Immer konkreter und durchdachter werden die Projekte und Initiativen auf den «klassischen» Kooperationsfeldern Raumordnung und Umwelt, Wirtschaft und Verkehr, Bildung und Erziehung, Kultur und Wissenschaftspolitik. Neue Politikfelder wurden auch regional «vergemeinschaftet»: Die polizeiliche und judizielle Zusammenarbeit, die Gesundheits-, Sozial- und Jugendpolitik, die Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik. Immer mehr wird eine gemeinsame «euregionale» Standortpolitik am Ober- und Hochrhein entwickelt. Wirtschaftspotentiale werden vernetzt und gemeinsam vermarktet. Auch das Engagement der Kommunen hat sich in den letzten Jahren erfreulicherweise sehr verstärkt. Kennzeichnend ist auch das gewachsene Interesse gewählter Politiker an der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, z. B. in den neuen kommunalen «Regios» wie der «Regio TriRhena» und im «Oberrheinrat» der Parlamentarier.

Ausblick

Die Vielfalt der mittlerweile herausgebildeten Gremienlandschaft, in der sich die Fülle unterschiedlicher Akteure widerspiegelt, fordert die Landesregierung ebenso heraus wie die zur Daueraufgabe gewordene Kofinanzierung grenzüberschreitender Projekte. Das ganze Land profitiert von den Synergieeffekten, denn auch die

Nachbarregionen sind innerhalb ihrer jeweiligen Länder vergleichsweise wirtschaftlich stark. Allein in dem Grenzraum «Oberrhein» leben 4,8 Mio. Menschen, am Bodensee 3,5 Mio. Mit einer Bruttowertschöpfung von 111,5 Mrd. Euro entspricht z. B. die Wirtschaftskraft des Grenzraumes «Oberrhein» der Norwegens. 80 000 Grenzpendler überqueren jeden Tag die Grenze, und Kaufkraftströme fliessen in beiden Richtungen. Grenzüberschreitend ist auch der Tourismus, für den erste gemeinsame Werbeaktivitäten, so z. B. auch ein trinationales Projekt «Auf den Spuren der Habsburger», entwickelt wurden. Der oberrheinische Universitätsverbund EUCOR und das Netzwerk «Biovalley» sind auch Beispiele für erfolgreiche gemeinsame Standortpolitik. Der Oberrhein tritt inzwischen mit gemeinsamen englischsprachigen Internet-Seiten als Wirtschaftsstandort international auf.

Die Landesregierung hat mit Kabinettsbeschluss vom 8. November 1999 beschlossen, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den geschaffenen grenzüberschreitenden Strukturen und Einrichtungen weiterzuentwickeln und an die Herausforderungen der Zukunft anzupassen. Während die Grenzregionen Baden-Württembergs europäisch eine Zentrallage haben, erscheinen sie von Berlin aus gesehen eher an den Rand gerückt. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit hierzulande soll aber, um nochmals mit den Worten von Ministerpräsident Teufel zu sprechen, auch weiterhin «ein Modell europäischer Möglichkeiten» bleiben.

Das Land hat gehandelt und hat insbesondere die Verlängerung der Landesbeteiligung an den bewährten grenzüberschreitenden Einrichtungen bis Ende 2006 beschlossen. Dadurch hat sie trotz äusserst angespannter Haushaltslage den Fortbestand des Infobest-Netzwerkes, des Euro-Instituts und der Sekretariate von Oberrhein-Hochrhein- und Bodenseekonferenz gesichert. Sie hat dabei insbesondere die Beiträge des EU-Förderprogramms «INTERREG» und der Kommunen gewürdigt. Die Kommunen seien die «Hauptakteure» der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Auch darin zeigt sich die Forderung der Landesregierung nach einem «Europa der Bürger, der Subsidiarität und der Regionen». Das Land wird weiterhin – gerade auch im Rahmen von «INTERREG» – Projekte unterstützen, dies jedoch zielgerichtet und eher punktuell. Aber auch neue Herausforderungen wie die Sicherheitsfragen durch die Öffnung der Grenzen werden noch intensiver angegangen. Folgende Schwerpunkte verfolgt Baden-Württemberg:

- Intensivierung der grenzüberschreitenden Polizei- und Zoll-Zusammenarbeit zur Schaffung eines grenzüberschreitenden Sicherheitsverbundes. Hierzu wurden Vereinbarungen sowohl

mit Frankreich wie mit der Schweiz geschlossen und gemeinsame Verbindungsstrukturen gebildet.
- Stärkung der kommunalen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und Einbeziehung der kommunalen Ebene in die staatlichen Gremien. Das Land fördert in diesem Zusammenhang auch die grenzüberschreitende Begegnung und Beratung der Bürger.
- Nutzung der INTERREG III-Initiative durch das Land unter Berücksichtigung von Transparenz und Effizienz sowie Verfahrensvereinfachung für den Bürger. Dieses Ziel und eine Aufstockung der Förderung konnte für den Zeitraum 2001–2007 erreicht werden.
- Entwicklung überschaubarer Kooperationsstrukturen und Konzentration des Landes auf die Gremien und Sitzungen, die für es von besonderer Bedeutung sind. Das staatliche Kerngremium, die D-F-CH Regierungskommission bzw. D-F-CH Oberrheinkonferenz konnte aus Anlass ihrer 25-Jahr-Feier gestärkt werden. Ein neuer Staatsvertrag, das sog. «Basler Abkommen», sichert dies ab. Nun ist auch die gesamte Nordwestschweiz im Mandatsgebiet.
- Bau weiterer Rheinbrücken: Im Bau sind Brücken südlich von Strassburg, bei Rheinfelden und in Laufenburg. Weitere bei Fessenheim-Hartheim, in Weil und in Kehl-Strassburg sind projektiert. Ein neuer Brücken-Staatsvertrag wird demnächst auf dem Deutsch-Französischen Gipfel unterzeichnet.
- Die Zusammenführung der Menschen am Oberrhein ist Thema sowohl des INTERREG III-Programms wie des nächsten Drei-Länder-Kongresses 2002 in Strassburg. Besonderen Stellenwert hat die Zweisprachigkeit, die durch die Ausbildung von Europalehrern und den Schüler- bzw. Jugendaustausch verstärkt gefördert wird.

Durch alle diese Aktivitäten will Baden-Württemberg mit den Worten von Ministerpräsident Erwin Teufel beweisen, dass der «europäische Auftrag des Landes Baden-Württemberg zusammen mit den Nachbarn aktiv in die Praxis umgesetzt und gelebt wird». Unser Ziel ist, das zu erreichen, was einer der Jugendlichen ausgedrückt hat, die auf Initiative der Oberrheinkonferenz an einem «Forum Junior» teilgenommen haben: «Was kümmert uns, ob Deutscher, Schweizer oder Franzose: Wir sind doch alle Mitglieder der oberrheinischen Familie».

Dr. Sven von Ungern-Sternberg
Regierungspräsidium Freiburg
Kaiser-Joseph-Strasse 167
D-79098 Freiburg i. Br.